



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/03/gaza-hamas-must-end-brutal-crackdown-against-protesters-and-rights-defenders/>

NEWS

18. März 2019, 19:42 UTC

Gazastreifen: **Hamas muss brutales Vorgehen gegen Protestierende und Menschenrechtsverteidiger*innen beenden**

Amnesty-Mitarbeiterin im Gazastreifen von Sicherheitskräften verhört und misshandelt

Wie Amnesty International am 18. März 2019 erklärte, muss das gewaltsame Vorgehen von Sicherheitskräften der Hamas gegen friedliche palästinensische Protestierende, Aktivist*innen, und Menschenrechtler*innen – darunter auch eine Mitarbeiterin der Organisation – sowie gegen lokale Journalist*innen unverzüglich beendet und untersucht werden.

Seitdem am 14. März 2019 Palästinenser*innen überall im Gazastreifen begannen, auf die Straße zu gehen, um gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und die sich stetig verschlechternde wirtschaftliche Lage unter der faktisch regierenden Hamas-Administration zu protestieren, sind Hunderte von Demonstrant*innen mit Schlägen, willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen, Folter und anderen Formen der Misshandlung überzogen worden.

Am heutigen 18. März 2019 wurde Amnesty internationals Recherche-Beraterin Hind Khoudary verhaftet und wegen ihrer Arbeit für Amnesty International von den Sicherheitskräften des Innenministeriums verhört. Ihre Befragung, in deren Verlauf sie von vier männlichen Vernehmungsbeamten misshandelt wurde, dauerte drei Stunden lang an. Die Beamten warnten sie unter Beschimpfungen davor, Recherchen zu Menschenrechten

durchzuführen und drohten, sie als Spionin und wegen einer Tätigkeit als ausländische Agentin strafrechtlich zu verfolgen.

*„Das massive Vorgehen gegen die freie Meinungsäußerung und die Anwendung von Folter im Gazastreifen haben ein neues alarmierendes Niveau erreicht. Die letzten Tage über erlebten wir, wie Sicherheitskräfte der Hamas schockierende Menschenrechtsverletzungen an friedlichen Protestierenden, Journalist*innen und Menschenrechtler*innen begangen haben“,* sagte Saleh Higazi, stellvertretender Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

„Es ist klar, dass die Sicherheitskräfte der Hamas versuchen, Menschenrechtsverteidiger an der Durchführung ihrer lebenswichtigen Arbeit zur Dokumentation und Berichterstattung über die schweren Verstöße zu hindern, die während der aktuellen gewaltsamen und willkürlichen Aktionen von den Sicherheitskräften verübt werden. Den Behörden im Gazastreifen senden wir heute eine klare Botschaft: Wir sehen, was vor sich geht und wir arbeiten, um sicherzustellen, dass alle, die für diese Verstöße verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.“

Die Menschenrechtsverletzungen, die derzeit von Sicherheitskräften der Hamas an friedlich Protestierenden, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen im Gazastreifen verübt werden, sind die schwersten seit über zehn Jahren.

Proteste gegen Lebenshaltungskosten und Besteuerung

Die jüngste Runde der Repressionen durch die Hamas begann am 10. März 2019. Dreizehn Aktivisten, die mit der Planung von Demonstrationen zum Protest gegen die hohen Lebenshaltungskosten im Gazastreifen befasst waren, wurden im Haus ihres Mitaktivisten Jihad Salem al-Arabeed in der Stadt Jabalya im nördlichen Gazastreifen bei einer privaten Zusammenkunft verhaftet.

Sie wurden festgenommen, nachdem die Gruppe in den sozialen Medien eine Kampagne zur "Revolte der Hungrigen" mit der Forderung "Nieder mit den Preiserhöhungen" gestartet und für Donnerstag den 14. März 2019 zu einer Protestveranstaltung in Jabalya aufgerufen hatte.

Die Sicherheitskräfte stürmten das Haus, ohne einen Haftbefehl dabei zu haben. Im Gewahrsam wurden die Aktivisten Folterungen und anderen Misshandlungen unterzogen. Mit der Warnung, ihre Pläne nicht weiter zu verfolgen, wurden sie am 12. März 2019 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am Nachmittag des 14. März 2019 gingen Sicherheitskräfte der Hamas – einige davon in ziviler Kleidung – in den Flüchtlingslagern in Jabalya, Deir al-Balah, al-Borejj und Rafah gewaltsam gegen Hunderte friedliche Demonstrant*innen vor und brachten dabei Schallbomben, Schlagstöcke, Pfefferspray, scharfe Munition und direkte körperliche Übergriffe zum Einsatz.

Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen im Visier

Am 15. März 2019 führten Hamas-Kräfte in einem Haus im Flüchtlingslager Deir al-Balah, das dem örtlichen Journalisten Osamah al-Kahlout gehört, eine Razzia durch. Im Inneren des Hauses befanden sich der Leiter des Unabhängigen Ausschusses für Menschenrechte (Independent Commission for Human Rights /ICHR) Jamil Sarhan und der Anwalt der Organisation Baker al-Turkmani. Die beiden Menschenrechtler, die damit befasst waren, die Proteste zu beobachten, wurden geschlagen und ins Krankenhaus eingeliefert; ihre Mobiltelefone wurden konfisziert. Nachdem sie den Sicherheitskräften, die das Haus durchsuchten, ihre Ausweise vorgelegt hatten, wurden Jamil Sarhan und Baker al-Turkmani nach draußen gebracht und dort mehrfach geschlagen.

Auch am 16. März 2019 wurden gleich [mehrere Menschenrechtsverteidiger](#) von Sicherheitskräften der Hamas im Gazastreifen verhaftet. als sie im Vorort al-Shujayya im Osten von Gaza-Stadt für Recherchen unterwegs waren. Berichten zufolge handelt es sich bei den vier Festgenommenen um Samir al-Mana'ama, Rechtsanwalt am Al-Mezan Zentrum für Menschenrechte, Khaled Abu Isbetan, Feldforscher bei Al Mezan, Sabreen al-Tartour, auch sie Feldforscherin, allerdings am Palästinensischen Zentrum für Menschenrechte, sowie Fadi Abu Ghanaima, der für die Vereinigung für Menschenrechte im Gazastreifen Al Dameer vor Ort unterwegs war.

Im gleichen Zeitraum sind über den ganzen Gazastreifen verteilt auch mehrere Journalisten geschlagen und inhaftiert worden. Zusätzlich wurde ihnen verboten, die Demonstrationen zu dokumentieren und darüber zu berichten. Auch mussten etliche Journalist*innen, Anwält*innen und Mitarbeiter*innen von Nichtregierungsorganisationen zu Befragungen auf den Polizeiwachen erscheinen, nachdem sie Berichte von Zeugen über die Vorgehensweisen der Hamas-Polizei aufgenommen hatten.

„Die de facto Hamas-Administration muss hinsichtlich der unnötigen und exzessiven Anwendung von Gewalt, willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen sowie von Folterungen und anderen Misshandlungen durch ihre Sicherheitskräfte unverzüglich eine unabhängige, gründliche und transparente Untersuchung in Gang setzen. Wo zulässige Beweise in hinreichender Menge vorliegen, müssen die verdächtigen Täter in fairen gerichtlichen Verfahren strafrechtlich verfolgt werden,“ so Saleh Higazi.

*“Die Behörden im Gazastreifen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen ihrer Arbeit ohne Bedrohungen, Einschüchterungsversuche oder Misshandlungen frei nachgehen können. Sollte ihr Schutz nicht gewährleistet und ihre Arbeit absichtlich beeinträchtigt werden, so stellt dies einen flagranten Verstoß gegen die internationalen Rechnormen dar.“*